

Stichwort

Französisches Wirtschaftswachstum

JOHANNES THOMAS

Frankreich und Deutschland stehen heute vor ähnlichen Problemen: Globalisierungsdruck, Überalterung der Bevölkerung (mit deutlichen Vorteilen für Frankreich bei der demographischen Entwicklung), Zwang zu Einschnitten in das soziale Netz, chronische Verletzung des Stabilitätspaktes, Staatsverschuldung über 60 Prozent usw.

Gleichwohl weist Frankreich seit nunmehr 10 Jahren regelmäßig höhere Wachstumsraten auf als Deutschland (im Schnitt: F: 2,2 Prozent, D: 1,3 Prozent). Mag das Land in der Rangliste der wettbewerbsfähigsten Länder laut World Competitiveness Yearbook 2004 auch auf den 30. Rang abgestiegen sein (Deutschland: Platz 21), an seinem im Vergleich zum Nachbarn am Rhein deutlich stärkeren Wachstum ändert sich dadurch gar nichts. 2003 entfielen auf Frankreich 313 neue Firmenansiedlungen aus dem Ausland, auf Deutschland 111 (Großbritannien: 453). Allerdings wird auch Frankreich in diesem und im nächsten Jahr weniger wachsen als der europäische Durchschnitt. Beim BIP pro Einwohner liegt Frankreich zwar vor Deutschland und Italien, aber weiterhin klar hinter Großbritannien („Le Figaro économique“, 30.8.2004).

Frankreichs Hauptvorteil gegenüber seinem östlichen Nachbarn liegt jedoch nicht nur bei den Investitionen, sondern vor allem in der ungebrochenen Konsumbereitschaft

seiner Bevölkerung. Frankreich verdankt seinen Wachstum einer Konsumlust, die im deutschen Jammertal ausgestorben zu sein scheint, und diesen Mangel können auch die sehr viel höheren deutschen Exportüberschüsse nicht ausgleichen.

Zu den investitionsfördernden Standortvorteilen Frankreichs zählen laut einer Studie Ernst & Young: Lebensqualität, Infrastruktur (Telekommunikation und Verkehrsnetze), insbesondere aber auch die Unterstützung durch die öffentliche Hand. Deutschland liegt nach derselben Studie international vorne bei Forschung und Entwicklung sowie bei der Logistik („Le Monde“, 28.5.2004), eine Unterstützung durch die öffentliche Hand nach französischem Vorbild fehlt hierzulande dagegen. Frankreich hat hingegen eben im Unterschied zu Deutschland bis 1996 konsequent alle staatlichen Kontrollmechanismen abgebaut (bis auf Sektoren, die Ausländern bisher grundsätzlich verschlossen geblieben sind, wie etwa Banken).

Einer der vielen Gründe für Frankreichs relativen Erfolg liegt ferner in den Unternehmenssteuern. Selbst nach der deutschen Steuersenkung in 2004 von 40,0 Prozent auf 38,7 Prozent (wenn man die Gewerbesteuer zur Körperschaftssteuer hinzurechnet), besteuert Paris die Gewinne der Unternehmen im Hexagon weniger als Berlin, nämlich mit 35,4 Prozent (Großbritannien: 30 Prozent;

„Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 2.2.2004; am 24.9.2004 D: 36, F: 34 für Kapitalgesellschaften).

Wichtiger aber dürften die Unterschiede in den Lohnkosten sein. Die deutschen Bruttolöhne übertreffen die französischen durchschnittlich um 40 Prozent. Insgesamt liegen die deutschen Lohnkosten in der Industrie 20,3 Prozent über den französischen, in der Automobilindustrie sind es gar 49,6 Prozent („Le Figaro économie“, 18.6.2004). Da diese Industrien weitgehend die gleichen Märkte bedienen, muss man sich über die aktuellen Probleme etwa von VW nicht wundern (allerdings gibt es dort zusätzlich auch andere Schwierigkeiten, so beim Thema ‘Kundennähe’). Die Konsequenzen der erfolgreichen französischen Strategie lassen sich unmittelbar am Arbeitsmarkt beobachten: Renault stellt 2004 allein in Frankreich 5 000 zusätzliche Beschäftigte in der Produktion ein. Hinzukommen weitere 4 000 im Händlernetz. Bei Peugeot ist die Einstellung von 7 000 zusätzlichen Kräften angekündigt worden.

Größere Unterschiede klaffen nicht zuletzt auch zwischen den Lohnersatzleistungen in beiden Ländern. Arbeitslose Singles haben in Deutschland einen Anspruch auf 61 Prozent ihres letzten Verdienstes, in Frankreich nur auf 41 Prozent („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 10.8.2004). Dass in Frankreich in den letzten 10 Jahren die Zahl der Beschäftigten um 16,5 Prozent gewachsen ist gegenüber 2 Prozent in Deutschland hat allerdings noch ganz andere Ursachen, insbesondere die unter der Regierung Jospin verwirklichte größere Flexibilität des Arbeitsmarktes. Sie erlaubt es den Unternehmen nicht nur, sich besser an konjunkturelle Schwankungen anzupassen, sondern führt auch dazu, dass Frankreich nur ein Wirtschaftswachstum von 0,8 Prozent benötigt, um neue Stellen zu schaffen, während es in Deutschland 1,2 Prozent sind. Deutschland

hat die Hartz-Gesetze eben nicht durch flankierende Gesetze zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes ergänzt, obwohl das von nahezu allen Wissenschaftlern oder auch der OECD gefordert wird. Deshalb sind die bisher beschlossenen Hartz-I bis -III-Gesetze wohl auch wirkungslos geblieben.

Für die relative Wachstumsschwäche Deutschlands seit den 1990er Jahren gibt es allerdings auch makroökonomische Gründe, die Frankreich nicht betreffen. Mit dem Verlust der DM und der Einführung des Euro verlor die deutsche Wirtschaft ihren früheren Zinsvorteil gegenüber der europäischen Konkurrenz. Zudem wirkte die unterschiedliche Kapazitätsauslastung und Preisentwicklung in beiden Ländern (Deutschland ist mit einer überbewerteten Währung in den Euro-Raum eingetreten) mit dem Beginn der gemeinsamen Währung in Frankreich stimulierend, in Deutschland bremsend. Die deutsche Arbeitsproduktivität wurde schließlich durch den Umtauschkurs von 1:1 der DDR-Währung zur DM belastet.

Deutschlands Wirtschaft ist aber darüber hinaus auch durch eine ideologisch begründete Politik benachteiligt. Das gilt insbesondere für die Energiepolitik, die „windige“ Lösungen für dreistellige Milliardenbeträge vorantreibt und zugleich die Versorgungssicherheit vernachlässigt, das gilt aber auch etwa für die neuesten Konzepte zur paritätischen Mitbestimmung in den künftigen Europa AGs. Nach den Vorstellungen der Bundesregierung soll die Mitbestimmung dort nicht nur für den Aufsichtsrat, sondern auch für den Verwaltungsrat, der sich um das operative Geschäft kümmert, gelten. Eine solche auf der Welt einzigartige Lösung dürfte ihren Abschreckungseffekt auf potentielle Investoren nicht verfehlen. Bleibt zu hoffen, dass es bald zu einer europäischen oder deutsch-französischen Wirtschaftsregierung unter französischer Führung kommt.